

Handelsverband bezeichnet Lockdown-Verlängerung als „wirklich katastrophal für die Branche“ – „Je länger es dauert, desto mehr Unternehmen kommen an die Grenzen ihrer Möglichkeiten“

Nach dem Beschluss von Bund und Ländern, den Corona-Lockdown zu verlängern, bezeichnete die Hauptgeschäftsführerin des Handelsverbands Baden-Württemberg (HBW), Sabine Hagmann, die wirtschaftliche Lage der Handelsbranche in Baden-Württemberg als „wirklich katastrophal“. Als große Erleichterung für den mittelständischen Einzelhandel bezeichnet sie die Lockerung des Verbotes von click and collect in BaWü- Endlich ist unseren massiven Forderungen an dieser Stelle nachgegeben worden, so Hagmann.

„Je länger der Lockdown dauert, desto mehr Unternehmen kommen an die Grenzen ihrer Möglichkeiten und desto mehr werden pleitegehen“, sagte Hagmann nach dem Beschluss. Im Hinblick auf drohende Insolvenzen im Handel in Baden-Württemberg sagte sie: „Im schlimmsten Fall muss man mit einer Verdopplung der von uns prognostizierten 6000 Schließungen auf rund 12 000 Schließungen und Insolvenzen in den nächsten zwei Jahren rechnen.“ Kurzfristig stünden dadurch 100.000 Arbeitsplätze im Handel im Südwesten auf der Kippe, langfristig seien bis zu 200.000.

Die Branche fühle sich in dieser Krise alleine gelassen.

„Es werden zwar immer Milliardenhilfen von Seiten der Politik angekündigt, tatsächlich kommen die Hilfen aber im Einzelhandel nicht zur Auszahlung, weil die Zugangshürden viel zu hoch sind“, so Hagmann. Die Wirtschaftshilfen, die lediglich auf der Basis von Betriebskostenerstattungen berechnet würden, gingen zudem an den tatsächlichen Bedürfnissen vor allem des Modeeinzelhandels vorbei. „Im Modeeinzelhandel beispielsweise müssen die Händler ihre Ware bereits ein Jahr im Voraus ordern, diese wird dann bereits mehrere Wochen vor Beginn der Saison geliefert, zu diesem Zeitpunkt muss auch gezahlt werden“, sagte Hagmann.

Sie plädierte deshalb erneut dringend für adäquate Finanzhilfen: „Viele Unternehmen, die von der Lockdown-Verlängerung betroffen sind, haben ihr Eigenkapital weitgehend aufgezehrt und benötigen wirtschaftliche Unterstützung.“

Die Branche benötige zudem Planbarkeit, auch, wenn dies in dieser schwierigen Zeit schwer machbar sei. „Wir brauchen schnell ausreichend staatliche Hilfen. Wir fordern für die Betriebe unserer Branche Zuschüsse nach dem Vorbild der außerordentlichen November- und Dezemberhilfen, von denen beispielsweise das bereits seit längerem weitgehend geschlossene Gastgewerbe profitiert.“

In diesem Zusammenhang begrüßt der HBW die Aufhebung des in Baden-Württemberg herrschenden Verbots von Click & Collect. Dies hatte es dem mittelständischen Einzelhandel im Weihnachtsgeschäft seit 16.12 verboten, dass Kunden, Waren online bestellen und dann im stationären Geschäft vor Ort abholen.

„Wir sind bereits vor Beginn des zweiten Lockdowns Mitte Dezember davon ausgegangen, dass Click & Collect im Handel möglich sein wird. Dass es dann doch nicht so gekommen ist, war eine Vollkatastrophe für die Händler“, so Hagmann.

Insofern sei die Aufhebung des Click & Collect-Verbots überlebensnotwendig für die Händler.

„Viele Händler haben in den vergangenen Monaten entsprechende Click & Collect-Angebote unter Einhaltung aller Hygienemaßgaben entwickelt, die müssen sie nun auch nutzen dürfen.“

„Zu wünschen“ wäre in jedem Fall ein baldiges Ende des Lockdowns, so Hagmann. Dabei müsse berücksichtigt werden, dass der Handel nach einem Ende des Lockdown dann dauerhaft und planbar geöffnet bleibe. Die Branche könne sich nicht von einem Lockdown zum nächsten hangeln. Der Einzelhandel sei kein Corona-Hotspot. Die Erkrankungszahlen bei den Mitarbeitern im Handel bewegten sich auf unauffälligem Niveau. Daraus folgt: „Es ist nicht gerechtfertigt, den Einzelhandel zu schließen, während die wirklichen hotspots unbehelligt bleiben. Das ist nur dann akzeptabel, wenn der Einzelhandel adäquate Wirtschaftshilfen bekommt. Alles andere ist inakzeptabel.“, so Hagmann.

Dies hätten der Bundesverband der Händler, der Handelsverband Deutschland (HDE) in einem Schreiben an die Bundeskanzlerin, den baden-württembergischen Ministerpräsidenten sowie die Wirtschaftsministerin des Landes verdeutlicht.

Darüber hinaus hatte der HBW mit einem Schreiben an den Ministerpräsidenten sowie alle betroffenen Kabinettsmitglieder und Fraktionsvorsitzenden im baden-württembergischen Landtag Druck gemacht.

Erfolg braucht Verbündete!

**Sabine Hagmann
Hauptgeschäftsführerin
Handelsverband Baden-Württemberg e. V.**